Vorlage der Landesregierung

Gesetz

vom, mit dem die Salzburger Gemeindewahlordnung
1998 geändert wird

Der Salzburger Landtag hat beschlossen:

Die Salzburger Gemeindewahlordnung 1998, LGBl Nr 117, zuletzt geändert durch das Gesetz
LGBl Nr 49/2006, wird geändert wie folgt:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach der Überschrift „IV. Hauptstück“ eingefügt:

„§ 120a Umsetzungshinweis“

2. § 22 lautet:

„Unionsbürger-Wählerevidenz

§ 22

(1) In jeder Gemeinde ist eine Gemeindewählerevidenz für Staatsbürger anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die gemäß § 19 Abs 1 wahlberechtigt sind, zu führen (Unionsbürger-Wählerevidenz). In die Unionsbürger-Wählerevidenz sind alle Unionsbürger einzutragen, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung das 15. Lebensjahr vollendet haben, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind und in der Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben.

(2) Die Unionsbürger-Wählerevidenz ist, wenn nicht die Voraussetzungen des Abs 3 vorliegen, in Karteiform zu führen. Die Karteiblätter haben für jede erfasste Person die für die Durchführung von Wahlen, Bürgerabstimmungen, Bürgerbefragungen und Bürgerbegehren erforderlichen Angaben, das sind Familien- und Vornamen, Geschlecht, Geburtsdatum und Wohnadresse, zu enthalten. Die Personen sind nach dem Namensalphabet, in Gemeinden, die in Wahl-

sprengel eingeteilt sind, auch nach Wahlsprengel, und gegebenenfalls nach Ortschaften, Straßen und Hausnummern zu erfassen.

(3) In Gemeinden, denen für Zwecke der Gemeindeverwaltung elektronische Datenverarbeitungsanlagen zur Verfügung stehen, können diese auch für die Führung der Unionsbürger-Wählerevidenz verwendet werden, wenn die Einsichtnahme in die Wählerevidenz (Abs 6) gewährleistet ist.

(4) Die Gemeinden haben alle Umstände, die geeignet sind, eine Änderung in der Unionsbürger-Wählerevidenz zu bewirken, von Amts wegen wahrzunehmen und die erforderlichen Änderungen in dieser vorzunehmen. Verliert ein Unionsbürger, der in der Evidenz eingetragen ist, das Wahlrecht zur Gemeindevertretung, ist dieser von der Gemeinde aus der Evidenz zu streichen und von der Streichung schriftlich zu verständigen. Der Betroffene kann binnen zwei Wochen ab der Zustellung der Verständigung gegen seine Streichung aus der Evidenz schriftlich bei der Gemeinde Einspruch erheben. Dieser Einspruch gilt als Einspruch gegen das Wählerverzeichnis im Sinn des § 27. Die Gemeinde hat ein fortlaufendes Verzeichnis über diese Einsprüche zu führen.

(5) Verlegt ein Unionsbürger, der in der Unionsbürger-Wählerevidenz eingetragen ist, seinen Hauptwohnsitz in eine andere österreichische Gemeinde, ist die Gemeinde des neuen Hauptwohnsitzes davon zu verständigen, dass der Unionsbürger in einem Wählerverzeichnis im Sinn der Richtlinie 94/80/EG des Rates eingetragen war.

(6) In die Unionsbürger-Wählerevidenz kann jede Person, die sich von der Vollständigkeit und Richtigkeit der Wählerevidenz überzeugen will, Einsicht nehmen. Für die Kundmachung der Einsichtnahmemöglichkeit gilt § 25 Abs 2 sinngemäß. Die Gemeinde hat den in der Gemeindevertretung vertretenen Parteien auf deren Verlangen gegen Ersatz der Kosten Abschriften aus der Unionsbürger-Wählerevidenz herzustellen.“

3. Nach der Überschrift „IV. Hauptstück“ wird eingefügt:

„Umsetzungshinweis

§ 120a

Die Bestimmungen der §§ 19 Abs 1, 22, 23 Abs 2 und 115 Abs 3 dienen der Umsetzung der Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürgerinnen und

Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen (ABI Nr L 368 vom 31. Dezember 1994).“

4. Im § 121 wird angefügt:

„(10) Die §§ 22 und 120a in der Fassung des Gesetzes LGBl Nr/..... treten mit 1. Jänner 2007 in Kraft.“

Erläuterungen

1. Allgemeines:

In Umsetzung der Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, sieht § 22 der Salzburger Gemeindewahlordnung 1998 vor, dass die Gemeinden ergänzend zur Wählerevidenz nach dem Wählerevidenzgesetz 1973 eine Unionsbürger-Wählerevidenz zu führen haben. Für die Eintragung in diese Evidenz ist derzeit ein Antrag der wahlberechtigten Unionsbürgerin oder des wahlberechtigten Unionsbürgers erforderlich.

Mit Entschließung vom 14. Dezember 2005 hat der Salzburger Landtag die Landesregierung ersucht, den Landtag innerhalb von sechs Monaten ab Beschlussfassung eine Novelle der Salzburger Gemeindewahlordnung „in dem Sinn vorzulegen, dass Unionsbürger automatisch in die entsprechende Wählerevidenz aufgenommen werden.“

Der Gesetzesvorschlag sieht daher vor, dass wahlberechtigte Unionsbürgerinnen und -bürger von Amts wegen in die Unionsbürger-Wählerevidenz aufzunehmen sind. Wie bisher ist die Eintragung in dem Jahr vorzunehmen, das der Vollendung des 15. Lebensjahres folgt; dies entspricht dem Regelungsvorbild des § 2 des Wählerevidenzgesetzes 1973, der eine Eintragung in dem Jahr vorsieht, das der Vollendung des 17. Lebensjahres folgt. Ergänzend wird vorgeschlagen, die im bisherigen § 22 Abs 1 enthaltene Verweisung auf § 1 Abs 2 zweiter Satz, 3 und 4 des Wählerevidenzgesetzes 1973 aufzulösen und den Regelungsinhalt (Führung der Evidenz in Kartei- oder EDV-Form, Gliederung der Evidenz) in den Wortlaut aufzunehmen. Neu vorgesehen ist die § 3 des Wählerevidenzgesetzes 1973 entsprechende allgemeine Einsichtsmöglichkeit, die im Sinn einer Gleichbehandlung von inländischen Wählerinnen und Wählern einerseits und Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern andererseits für erforderlich erachtet wird (§ 22 Abs 6). Weiters ist ein entsprechender Umsetzungshinweis aufgenommen (§ 120a).

2. Verfassungsrechtliche Grundlage:

Art 95 Abs 1 B-VG.

3. EU-Konformität:

Die in der Vorlage vorgesehenen Regelungen stehen nicht im Widerspruch zum Gemeinschaftsrecht, da gemäß Art 8 der Richtlinie 94/80/EG sowohl die amtswegige als auch die antragsbedürftige Eintragung in die Wählerevidenzen zulässig ist.

4. Kosten:

Das Vorhaben kann Mehrkosten für die Gemeinden zur Folge haben.

5. Ergebnis des Begutachtungsverfahrens:

Gegen das Vorhaben sind keine Einwände erhoben worden.

Die Landesregierung stellt sohin den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Das vorstehende Gesetz wird zum Beschluss erhoben.
2. Die Gesetzesvorlage wird dem Verfassungs- und Verwaltungsausschuss zur Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.